

**Rede
von**

Sabine Tippelt, MdL

zu TOP Nr. 12 und 13 – Abschließende Beratungen

12) a) Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der zukunftsgerichteten Stabilisierungshilfen im Bereich der Wirtschaft gegen die Folgen der SARSCoV-2-Pandemie (3. Nachtragshaushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP -Drs. 18/8642

b) Stärkung der zukunftsgerichteten Stabilisierungshilfen im Bereich der Wirtschaft gegen die Folgen der SARS-CoV-2-Pandemie

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8988

13) Die angekündigten Corona-Wirtschaftshilfen müssen endlich schnell, unbürokratisch und sachgerecht fließen

Antrag der Fraktion der FDP -Drs. 18/8347

während der Plenarsitzung vom 09.06.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bereits im März-Plenum habe ich in meiner Rede darauf hingewiesen, dass in Bezug auf die Wirtschaftshilfen zur Corona-Pandemie sicherlich nicht alles rund gelaufen ist. Speziell die langen Wartezeiten auf Finanzhilfen, der große Aufwand an Bürokratie und die teilweise Überlastung der Server der NBank waren für viele der in Not geratenen Betriebe ein großes Problem.

Auch das Bundeswirtschaftsministerium hat bei der Überbrückungshilfe III, die bereits im Dezember beschlossen wurde, aber erst Mitte Februar beantragt werden konnte, nicht gerade wirtschaftsfreundlich agiert. In vielen Gesprächen, die ich in den letzten Monaten mit Betrieben aus meinem Wahlkreis geführt habe, wurden genau diese Probleme immer wieder angesprochen.

Ein weiteres Problem, das auftauchte, war die Tatsache, dass speziell im Gastrobereich zu wenige finanzielle Hilfen zur Verfügung gestellt wurden. Hier musste beispielsweise der Topf unseres Sonderprogramms für Investitionen aufgestockt werden, und immer wieder kam es zu langen Wartezeiten für die Betriebe. Abschließend aber haben wir in diesem Bereich als Land insgesamt 94 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und damit ein starkes Zeichen für unsere Gastronomiebetriebe gesetzt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte als Beispiel ein Café aus meinem Heimatwahlkreis erwähnen, um zu verdeutlichen, mit welchen Problemen die Betriebe teilweise zu kämpfen hatten oder noch zu kämpfen haben. So sind bei den November- und Dezemberhilfen in Abstimmung zwischen dem MW und der NBank bestimmte Stichproben gezogen worden, um die Antragsberechtigung zu validieren. Grundsätzlich halte ich das auch für richtig. Unternehmen, die daruntergefallen sind, mussten dann aber noch einmal länger warten, bis ihre Hilfen ausgezahlt wurden. Dies hat die Härte für die Unternehmen in der aktuellen Situation natürlich noch einmal verschärft.

Ein 3. Nachtragshaushaltsgesetz, wie von der FDP gefordert, kommt für uns aber trotzdem nicht infrage. Ja, es sind Förderanträge eingegangen, die um rund 200 Millionen Euro höher sind als die Gelder, die wir im 2. Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt haben. Es handelt sich aber insgesamt um 1 Milliarde Euro, die wir unserer Wirtschaft zur Verfügung gestellt haben. Irgendwann sind diese Mittel dann auch einfach begrenzt, und es müssen anderen Schwerpunkte gesetzt werden.

Als SPD-Fraktion nehmen wir hier verstärkt auch unsere Familien und Kinder in den Blick. Deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass im Kita-Gesetz jetzt ein Stufenplan für die dritte Kraft und einiges mehr verankert wird. Aber auch die Kulturwirtschaft, die es schafft, Verbindendes zu stärken und Trennendes zu

überwinden, müssen wir in unseren Blick nehmen. Der Schwerpunkt lag für uns lange auf dem Bereich Wirtschaft. Aber letztendlich ist dies nur ein Bereich unserer Gesellschaft.

Insgesamt - das muss man an dieser Stelle noch einmal unterstreichen - haben Niedersachsen und der Bund viel auf den Weg gebracht, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aufzufangen und möglichst vielen Betrieben, die in Not geraten sind, zu helfen. An dieser Stelle will ich nochmals der NBank und allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die allein in Pandemiezeiten insgesamt 75.000 Überstunden angehäuft haben, ausdrücklich für die hervorragende Arbeit danken.

1,9 Milliarden Euro an Wirtschaftshilfen sind im Zuge der Corona-Pandemie an Selbstständige und Unternehmen geflossen. Dazu kommen 1,2 Milliarden Euro an normalen Förderungen. In Anträgen ausgedrückt, bedeutet dies im Übrigen rund 200.000 anstatt normalerweise 20.000 Anträge pro Jahr. Das ist die größte Summe in der Geschichte der NBank. Dies zu bewältigen, verlangt in meinen Augen von uns allen großen Respekt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zur Forderung der FDP zur Abschaffung der Gewerbesteuer sagen. Unsere Kommunen sind auf die Einnahmen aus der Gewerbesteuer angewiesen. Sie sind geradezu überlebensnotwendig. Wir als SPD-Fraktion werden keine Diskussion zur Abschaffung der Gewerbesteuer führen.

Wie auch schon im Wirtschaftsausschuss geschehen, werden wir daher die Anträge und den Gesetzentwurf der FDP ablehnen.

Herzlichen Dank.